

# DANZIGER

# Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6, Fernsprechamtlich der Geschäftsleitung 297 09, Schriftleitung 215 90, Besuchspreis monatl. 3.— G., wöchentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.— G., monatl.; für Postämter 3.— G., wöchentl. 1 mm 0,16 G.; in Belgien 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenanfragen in Polen nach dem Danz. Tagesturs

27. Jahrgang Dienstag, den 14. Januar 1936 Nr. 11

Englische Flotte ist ausgefahren  
Tagung des Verteidigungsausschusses in London  
Neuorientierung in Oesterreich?  
Drei Todesurteile im Ukrainer-Prozess  
Karl Barth über die Glaubenskrise  
Der Rechtsstreit um die Schutzhaft

## Wichtige Beratungen des englischen Verteidigungs-Russchusses — Stärkung der kollektiven Sicherheit

# Die englische Flotte ist ausgefahren

England geht an die letzten Vorbereitungen heran, um den bevorstehenden Ereignissen gewappnet gegenüber zu stehen. Gestern hielt der Verteidigungsausschuss eine Beratung ab, die sich mit den aktuellen Fragen befaßte. Welche Bedeutung dieser Verteidigungsausschuss für England erreicht hat, geht schon aus seiner personellen Zusammensetzung hervor. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten versammelten sich nicht nur die militärischen und politischen Spitzen der Streitkräfte, sondern auch der Außenminister, der Schatzkanzler und der Wirtschaftsminister. Den Entschlüssen dieses Rates wird man daher einen kaum geringeren Einfluß zuschreiben können als den Entschlüssen des morgigen tagenden Ministerrates, denn er dürfte mehr als vorbereitende Funktionen ausüben. Ohne Zweifel hängen diese Konferenzen mit der allgemeinen politischen Entwicklung und speziell mit der Lage im und um das Mittelmeer zusammen. So ist denn auch das Programm der „Frühjahrsfahrt“ der englischen Flotte festgelegt worden; die Schiffe dampfen heute ab: Richtung Mittelmeer. Und damit beginnt das Zusammenwirken der englischen und französischen Flottenstreitkräfte in den Gewässern und Häfen um die Mittelmeerszonen. Wer weiß, was sich daraus entwickeln kann?

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Baldwin tagte am Montag nachmittags im Beisein des Ersten Seelords Sir Ernie Chatfield und des Stabschefs der britischen Luftstreitkräfte, Sir Edward Ellington, der engere Ausschuss des Kabinetts, der von Zeit zu Zeit über Verteidigungsfragen berät. Anwesend waren ferner Außenminister Eden, die verantwortlichen Leiter der drei Wehrministerien, nämlich der Erste Lord der Admiralität, der Luftfahrtminister und der Kriegsminister, der Lordpräsident des Geheimen Rates, Ramsay MacDonald, der Schatzkanzler Neville Chamberlain und der Wirtschaftsminister Runciman.

Man nimmt allgemein an, daß in dieser Sitzung Fragen erörtert wurden, die sich aus dem italienisch-abyssinischen Krieg ergeben.

Für Mittwoch ist eine Vollsitzung des britischen Kabinetts in Aussicht genommen, in der im Hinblick auf die bevorstehende Genfer Ratstagung zweifellos die internationale Lage überprüft werden wird. — Das Kabinett dürfte bei dieser Gelegenheit die Richtlinien festlegen, nach denen der Außenminister Eden in Genf in der Sühnestage arbeiten soll.

„Morningpost“ meldet, daß auf der gestrigen Sitzung des Kabinettsausschusses für Verteidigungsangelegenheiten die allgemeine militärische Lage Englands besprochen worden sei. Insbesondere habe man sich mit der strategischen Lage in Ägypten und im Mittelmeer und mit einer Uebersicht über die europäische Lage befaßt.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ teilt mit, Außenminister Eden werde seine Ministerkollegen auf der morgigen Kabinettsitzung um den Auftrag bitten, alle Bemühungen zur Anwendung der kollektiven Sicherheit zu verdoppeln, damit dieses System allen Beanspruchungen der Zukunft Widerstand leisten könne. Der Berichterstatter meldet ferner, Mussolini habe wissen lassen, daß er eine Unterjochung des Völkerbundes über die Methoden der italienischen Kriegführung nicht ablehnen würde, vorausgesetzt, daß sie mit einer unparteiischen Untersuchung der politischen und militärischen Methoden Abyssiniens verbunden würde. Diese Auffassung Mussolinis sei dem britischen Geschäftsträger in Rom gegen Ende letzter Woche von Subich auf einer von Subich nachgekauften Zusammenkunft übermittelt worden. Die Entsendung eines Ausschusses nach Abyssinien wäre eine ähnliche Maßnahme wie die seinerzeitige Entsendung einer Völkerbunds-Kommission im Zusammenhang mit dem chinesisch-japanischen Konflikt.

### Die englischen Schiffe laufen aus

#### Das Programm der Frühjahrsfahrt

Das Programm der britischen Heimatlflotte wird nunmehr bekannt. In der am Dienstag beginnenden Fahrt beteiligen sich 16 Kriegsschiffe, nämlich zwei Linienschiffe, ein Flugzeugmuttergeschiff, drei Kreuzer und zehn Zerstörer. Die Mehrzahl der Schiffe wird vom 17. bis 22. Januar in der Nordsee und vom 24. Januar bis zum 3. Februar in Gibraltar sein. Anschließend begeben sich die Schiffe teils nach Madeira und Las Palmas, teils nach Casablanca, Gabis und Lissabon. Bis zum 22. Februar werden sämtliche Schiffe wieder in Gibraltar versammelt sein. Die ersten von ihnen treffen bereits zwischen dem 4. und 17. Februar in Gibraltar ein.

#### Seine neuen Friedensvorschläge

Die im Auslande umgehenden Meldungen über neue Friedensvorschläge, die zur Beilegung des italienisch-abyssinischen Streites an oder von Italien gemacht worden seien oder bevorstünden, werden von zuständigen italienischer Seite als gegenstandslos und als reine Erfindung bezeichnet. Die an diese Gerüche geknapfte Vermutung, der englische Vorkauffer Sir Eric Drummond werde seine gegen den 20. Januar vorgesehene Rückkehr nach Rom einige Tage früher legen, wird ebenfalls in Abrede gestellt.

Die von den englischen Zeitungen „Daily Express“ und „News Chronicle“ gebrachten Nachrichten über eine Aktion des belgischen Königshauses und des belgischen Ministerpräsidenten Vanclara zur Beilegung des abessinisch-italienischen Streites werden in Brüssel an zuständiger Stelle auf das entschiedenste bestritten und als phantastisch bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß nach den Beschlüssen des Volkerbundesrates vom 19. Dezember gegebenenfalls der Dreizehnerausschuß Vorschläge ausarbeiten habe. Diesem Ausschuss gehöre Belgien gar nicht an.

### Die Berichte über Süd-Tirol

#### Eine englische Darstellung

Trotz der scharfen italienischen Dementierung der englischen Meldungen über angebliche Vorkommnisse in Südtirol veröffentlicht der „Evening Standard“ in großer Aufmachung einen Bericht eines Sonderkorrespondenten Grice aus Innsbruck, in dem u. a. gesagt wird, daß die Zahl der Männer, die sich der Dienstleistung in Abyssinien durch die Frucht nach Oesterreich entziehen, wachse. Der Berichterstatter hat, wie er angibt, viele in der Nähe der italienischen Grenze gelegenen Dörfer und Städte von Nordtirol besucht

und veröffentlicht einen Teil der Aussagen der Deserteure, die unter schwierigen Umständen über die schneebedeckten Alpenpässe geflucht sind.

Er schildert dann im einzelnen die militärischen Vorkehrungen Italiens in Südtirol und schreibt, die Grenzbrufer seien mit Soldaten und bewaffneter Polizei gefüllt. In vielen Teilen wurden neue Kasernen errichtet. Besonders scharf sei die Kontrolle am Brennerpaß. Seit dem Ausbruch des Krieges hätten sich insgesamt mehr als 10 000 Deserteure bei den Nothilfeverbanden gemeldet, was aus den Listen der Verbände klar hervorgehe.

Unter Bezugnahme auf das von italienischer Seite veröffentlichte Dementi der Berichte über die Meuterei unter den Truppen des für Abyssinien bestimmten Alpinregimentes berichtet der Sonderkorrespondent über eine Unterhaltung mit einer Persönlichkeit, die für die Verhinderung weiterer Schwierigkeiten verantwortlich sei. Die Aussagen dieser Persönlichkeit bekräftigten die bereits früher erschienenen Berichte.

Der Zwischenfall habe sich in der Kaserne in Meran zugegetragen. In der Nacht vor ihrem Transport hätten die Leute ihren Offizieren den Gehorsam verweigert und den größten Teil der Einrichtung der Kaserne zertrümmert.

Nach Unterdrückung der Revolte seien drei Mann in Haft gehalten worden, deren Schicksal nicht bekannt sei; die anderen seien entwaffnet und ohne Gewehre oder Munition zum Zuge befohrt worden.

Der Berichterstatter gibt anschließend eine Unterredung mit dem Professor der Universität Innsbruck, Dr. Reut-Nicolussi, wieder, der an den Arbeiten der Nothilfeverbande hervorragend beteiligt sei. Dr. Reut habe u. a. erklärt, daß seit Kriegsbeginn 1700 deutschsprachende Deserteure die Grenze überschritten hätten. Kürzlich sei eine vollständige italienische Abteilung mit Maschinengewehren und Gewehren in einem Dorf in Nordtirol eingetroffen, wo sie sich bei der Polizei gemeldet hätten. Dr. Reut habe sich seinerzeit in Rom gegen die Aushebung von Wehrpflichtigen in Südtirol gewandt

mit dem Vorschlage, sie für Polizeizwecke zu verwenden. Auf die ablehnende Antwort des Kriegsministers hin habe Reut erklärt, daß es dann zwar nicht zu einer offenen Revolte oder zu Blutvergießen kommen würde, daß aber viele Leute desertrieren würden. Bei dem Abtransport der eingezogenen Reserveoffiziere sei es auf allen Stationen zu Störungen gekommen, in deren Verlauf viele Verhaftungen vorgenommen worden seien. Die Darstellung des „Evening Standard“ über Südtirol, die die gesamte Hauptseite und eine doppelte Spalte einer weiteren Seite füllt, wird, wie bereits betont, von italienischer Seite entschieden bestritten. Dem Blatt muß daher die volle Verantwortung für seine Ausführungen ubelassen bleiben.

#### Italien will die Zahl der Fahnenflichtigen bekanntgeben

Die Meldungen über Meutereien bei der Abreise von Truppen aus Südtirol werden von zuständiger italienischer Seite erneut bestritten. Die Zahl der Fahnenflichtigen sei für die ganze Zeit gering und solle in den nächsten Tagen vom Kriegsministerium bekanntgegeben werden.

#### Die Flüchtlinge in Oesterreich

Die in der Auslandspresse mehrfach ausgetauschten Nachrichten, wonach in Oesterreich für italienische Militarfluchtlinge Konzentrationslager errichtet worden wären, entbehren, wie die „Politische Korrespondenz“ meldet, jeder Grundlage. Die Bewegungskraft der übrigens nicht zahlreichen militärischen Flüchtlinge aus Italien wird in keiner Weise unterbunden.

### Noch immer Kämpfe um Makalle

Die Einnahme von Makalle durch abessinische Truppen ist noch nicht bestätigt worden. Gerichten nach ist immer noch eine große Schlacht um Makalle im Gange. Auch im Gebiet um Atjum sollen lebhaftige Kämpfe begonnen haben. Die italienischen Bombenflieger haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie haben an der Nordfront Dabat mehrmals bombardiert. An der Südfront herrscht bis auf den Abschnitt von Dolo völlige Ruhe.

Abdis Abeba steht heute im Zeichen der Trauerfeier für den schwedischen Arzt Lundström, der bei der Bombardierung der schwedischen Feldambulanz tödlich verletzt worden war. In der schwedischen Kirche fand ein Trauergottesdienst statt, an dem die kaiserliche Familie und die Mitglieder der Regierung sowie das gesamte diplomatische Korps teilnahmen.

#### Der italienische Heeresbericht

Der als amtliche Mitteilung Nr. 95 veröffentlichte italienische Heeresbericht vom Montag besagt: „Die Luftwaffe hat in der Danakilprovinz in der Gegend von Tern Erkundungsflüge ausgeführt. Auf dem übrigen Teil der Ertrhan-Front Patrouillen-tätigkeit.“

### Die Sowjetunion und der Abyssinien-Konflikt

#### Was Molotow darüber sagte

In seiner in den Grundzügen bereits gemeldeten großen außenpolitischen Rede ging der Vorsitzende des Sowjetrates der Volkskommissare, Molotow, auch auf die Stellung der Sowjetunion zum Abyssinienkonflikt ein. Italien, so führte Molotow aus, vertrete offen eine Politik der Verhergreifung Abyssiniens und eine Umwandlung des Landes in eine italienische Kolonie. Italien trete in diesem Falle als Vorkämpfer für die neue teilweise Aufteilung der Welt auf. Dies berge in sich viele Ueberschunungen für die herrschenden kapitalistischen Klassen in Europa. Das Verhalten der Mächte zum italienisch-abyssinischen Krieg demonstriere ihre tatsächliche Politik. Bei nur oberflächlicher Betrachtung könne man glauben, daß zwischen den europäischen Mächten in bezug auf die Politik des Kolonialraubes Meinungsverschiedenheiten bestehen. In Wirklichkeit sei dies nicht der Fall.

#### Die Verschiedenheit der Stellungnahme einzelner kapitalistischer Staaten

die am Völkerbund teilnehmen, ließen keineswegs auf grundsachliche Unterschiede hinsichtlich der Kolonialeroberung hinaus. Dieser Unterschied beruhe vor allem darauf, daß die einzelnen Großmächte in verschiedener Weise am Grade der Verstärkung der imperialistischen Macht Italiens interessiert seien. Nur die Sowjetunion habe sich im Diferenzkonflikt auf einen besonderen prinzipiellen Standpunkt gestellt, dem jeglicher Imperialismus und jegliche Politik des Kolonialraubes fremd sei. Diese Politik der Sowjetunion, die sie von anderen Volkerbundsmitgliedern trenne, habe außerordentliche internationale Bedeutung und werde noch große Frukate tragen.

Die Sowjetunion habe auch ihre Teilnahme am Volkerbunde ausgenutzt, um in der Praxis ihre prinzipielle Politik in bezug auf den imperialistischen Angriff durchzuführen. Schon das erste Jahr der Zugehörigkeit der Sowjetunion zum Volkerbunde habe bestätigt, wie richtig der Entschluß gewesen sei, dem Volkerbunde beizutreten. Es gebe viel Anlaß zur Kritik am Völkerbund. Man müsse auch zugeben, daß er zur Verhütung des ostafrikanischen Krieges nichts getan habe. Man könne aber die Tatsache nicht verkennen, daß der Völkerbund in diesem Falle nicht diejenigen gehindert habe, die dem Angreifer helfen wollten.

Der italienisch-abyssinische Krieg zeige, daß

#### die Gefahr des Weltkrieges immer mehr wachse,

immer mehr Europa erlasse. Die kapitalistischen Staaten glaubten nicht an die Möglichkeit eines bedeutenden Wachstums ihrer Kräfte auf der Grundlage der Entwicklung ihrer inneren Grundkräfte. Nur in diesem Zusammenhang sei die Entfesselung neuer imperialistischer Kriege um Kolonien zu verstehen. Sie glaubten auch jetzt nicht daran, wo sie in stärkerem oder geringerem Maße aus der Wirtschaftskrise der letzten Jahre herauskamen.

Solche Länder wie Japan und Deutschland, so erklärte Molotow, und jetzt auch Italien seien entweder schon in den Vordergrund eines neuen Zusammenstoes zwischen den imperialistischen Mächten der ganzen Welt hinausgetreten oder sie seien bereit, in nächster Zukunft hinauszutreten. Es gäbe keinen kapitalistischen Staat, der nicht in größerem oder geringerem Maße durch die Aktivität der Außenpolitik der erwähnten drei Mächte berührt wäre.

Molotow schloß mit dem Hinweis auf eine Gefahr eines Ueberschusses auf die Sowjetunion und befürwortete noch einmal die weitere Aufrüstung der Roten Armee. Er schloß mit der Feststellung, daß die Zeit gekommen sei, wo die alte Welt einer neuen Platz machen müsse.



# Der Rechtsstreit um die Schubhaft

## Ist die Senatsentscheidung endgültig? — Der Fall des Assessors Hirschberg

Im Frühjahr und Sommer des vergangenen Jahres wurde, wie man sich erinnern wird, von der Polizei eine ganze Anzahl angelegener Danziger Bürger in Schubhaft genommen. Darunter befanden sich auch Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei für die Kreis- und Volksstagswahlen. In Schubhaft genommen wurde auch Assessor Hirschberg, der vom 20. Juni bis zum 6. Juli 1935, also 17 Tage, in Schubhaft war. Assessor Hirschberg hatte sich gegen seine Inhaftnahme durch den Polizeipräsidenten beim Senat beschwert. Die Beschwerde wurde vom Senat als unbegründet erklärt.

Assessor Hirschberg hat darum eine Schlußklage angestrengt. Nach Ansicht des Assessors Hirschberg ist solch eine Schlußklage möglich, wenn der Senat eine Beschwerde abgelehnt hat. Zu der Zeit, als Assessor Hirschberg die Schlußklage einreichte, bestand noch das Oberverwaltungsgericht. Es hat sich auch mit dem Fall Hirschberg beschäftigt. Später wurde bekanntlich das Oberverwaltungsgericht abgeschafft; an seine Stelle trat der Senat des Obergerichts für Verwaltungsangelegenheiten. Dieser trat schon einmal, am 23. Dezember, zusammen, um über diese Schlußklage zu verhandeln.

Assessor Hirschberg verlangte die Aufhebung des ablehnenden Senatsbeschlusses.

Die Verhandlung am 23. Dezember wurde vertagt, weil an Stelle des Senats der Polizeipräsident vom Gericht geladen war. Der Senat hatte aber keinen Vertreter geschickt, so daß der Prozeß vertagt werden mußte.

Am gestrigen Montag, dem 13. Januar, wurde nun die Verhandlung fortgesetzt. Diesmal waren für den Polizeipräsidenten Assessor Müller und für den Senat Landrichter Bodin anwesend. Die Bemühungen der Vertreter des Senats sowie des Polizeipräsidenten gingen, wie man klar aus ihren Ausführungen entnehmen konnte, dahin, eine sachliche Entscheidung über die Klage des Assessors Hirschberg aus formalen Gründen unmöglich zu machen.

Der Senatsvertreter Bodin war der Meinung, daß eine Abschlußklage überhaupt nicht zulässig sei. In der Rechtsverordnung vom 30. Juni 1933 ist nämlich gesagt, daß der Entscheid des Senats endgültig ist. Diese Rechtsverordnung enthält auch eine Verlängerung der Schubhaftdauer. Bis dahin waren drei Wochen Höchstgrenze, durch die Verordnung wurde bestimmt, daß drei Monate Schubhaft verhängt werden können. Der Senat sah sich schließlich jedoch veranlaßt, am 6. September 1933 eine neue Rechtsverordnung herauszugeben. In dieser wurde wiederum die Dauer der Schubhaft auf den ursprünglichen Stand von drei Wochen zurückgeführt.

Auch der Zusatz fiel, daß die Entscheidung des Senats endgültig ist.

Durch eine Verordnung des Senats vom 9. August 1935 zur Vereinfachung der Verwaltung, die am 15. August in Kraft trat, wurde gesagt, daß Senatsbeschlüsse endgültig, d. h. nicht mehr anfechtbar sind. Später, am 30. August 1935, nach Erhebung der Schlußklage des Assessors Hirschberg, kam eine Ausführungsverordnung zu der Verordnung vom 9. August 1935 heraus. In dieser Ausführungsverordnung wurde gesagt, daß die Schlußklage auch ausgeschlossen ist, wenn die Entscheidung des Senats vor dem Inkrafttreten der Verordnung vom 9. August ergangen ist.

Der Rechtsbeistand des Assessors Hirschberg, Rechtsanwalt Rosenbaum, erklärte in der gestrigen Verhandlung, daß durch diese Ausführungsverordnung eine schon erhobene Klage unwirksam gemacht werden solle. Es sei, so sagte Rechtsanwalt Rosenbaum weiter, unzulässig, wenn durch Gesetz ganz bestimmte einzelne Prozesse unmöglich gemacht werden sollen. Und weiter: Wenn die Ausführungsverordnung vom 30. August 1935 gültig war und den Sinn hatte, den der Senat ihr beilegt, dann würde sie jedenfalls auf Fälle der Schubhaft nicht anwendbar sein. Es würde aber eine Verletzung der persönlichen Freiheit bedeuten, wenn jede Möglichkeit der richterlichen Nachprüfung fehlt. Das verstöße gegen die Verfassung.

Der Prozeß wurde auch gestern nicht entschieden. Der Senat des Obergerichts für Verwaltungsangelegenheiten, der gestern unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Bürgerle tagte, wird beraten, was weiter geschehen soll.

Erkennt das Obergericht an, daß die Klage zulässig ist, dann wird es durch ein Zwischenurteil diese Rechtsklage bestätigen müssen. Erst wenn durch das Zwischenurteil der Ansicht des Rechtsanwalts Rosenbaum und des Assessors Hirschberg Recht gegeben wird, dann kann über die Inhaftnahme des Assessors Hirschberg selbst verhandelt werden. Das Urteil des Obergerichts soll am 21. Januar verkündet werden.

## Die Klage der nationalen Beamten

### Eine Entschädigungsklage

Ein ähnlicher Prozeß wurde gestern auch vor der Ersten Zivilkammer, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Kumpke, verhandelt. Abromet und andere gegen Danzig, lautete die Bezeichnung der Klage. Es handelte sich um die Verhaftung der deutschnationalen Beamten, die Anfang Juli vergangenen Jahres von der Politischen Polizei vorgenommen wurde. Es waren damals in Haft genommen: Amts- und Landgerichtsrat Abromet, Kriminalsekretär Hall, Polizeihauptwachmeister Feiste, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hülf, Lehrer Erich Keumann, Zollassistent Püttlamer, Regierungs- und Bauamt Richter, Schupohauptmann Sturm, Oberregierungsrat Dr. Weber und Landgerichtsdirektor Dr. Zährle. Diese Beamten haben, wie noch erinnern sein dürfte, an der Versammlung teilgenommen, in der die Gründung eines Bundes nationaler Beamter vorbereitet werden sollte. Sie ließen durch ihren Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Weise, eine Entschädigungsklage anstrengen.

Sie sind der Meinung, daß man ihnen das Geld zurück zu erstatten habe, das man ihnen für ihre Verpflegung im Polizeigefängnis abgenommen hatte. Außerdem liege eine verfassungswidrige Freiheitsberaubung vor, die eine Diffamierung bedeute. Der Senat habe diese Diffamierung durch eine Geldentschädigung wieder gutzumachen.

Wie man aus dem Prozeßverlauf entnehmen konnte, steht nicht die Geldentschädigung im Vordergrund, sondern dieser Fall ist von grundsätzlicher Bedeutung für alle Danziger Staatsangehörigen.

Rechtsanwalt Weise ließ durch einen Referendar in der gestrigen Verhandlung vor der Ersten Zivilkammer den Stand-

punkt der Klager vertreten. Dieser Referendar erklärte, daß die Verhaftung der Klager im Polizeigefängnis erfolgt ist unter Umständen, die nicht gebilligt werden können. Die Inhaftierten, z. B. hohe Staatsbeamte, seien in Zellen untergebracht worden, die so klein sind, daß sie den gegenseitlich vorgeschriebenen Rauminhalt nicht haben. Die Zellen sind schlecht beleuchtet, und in ihnen herrsche ein übler Geruch, da sich die Aborte in der Zelle befinden. Die Zellen sind nur für eine kurzfristige Unterbringung (höchstens 24 Stunden) gedacht und nicht für eine längere Haft. Außerdem erfolgte die Betretung der Inhaftierten durch Strafgefangene, von denen sich einer über den Staatsanwaltschaftsrat Hülf lustig gemacht habe, der mit diesem Strafgefangenen dienstlich zu tun gehabt hat. Weiter habe keiner der Verhafteten, mit Ausnahme des Kriminalsekretärs Hall, ins Freie treten können. Schließlich sei einer der Inhaftierten, Regierungsrat Weber, ein Mann von 72 Jahren. Es hätte gegen die Beamten auch nicht der Verdacht einer strafbaren Handlung vorgelegen. Lediglich Hall und Weber seien in dem späteren Prozeß beurteilt worden. Man hätte das Material gegen die Klager, also gegen die Beamten, auch beschaffen können, ohne die Beamten in Schubhaft nehmen zu brauchen, da kein Flußverbauch und auch keine Verbunkelungsgefahr vorgelegen habe. Die Klager sind alles Danziger Beamte, die nicht nur ihr Gehalt hier beziehen, sondern auch ihre Familie hier haben.

Der Schutz der persönlichen Freiheit sei dem Gericht anvertraut, nicht der Polizei.

Der verantwortliche Beamte der Politischen Polizei, Kriminalkommissar Claß, habe die Pflicht gehabt, nachzuprüfen, ob tatsächliche Voraussetzungen für die Festnahmen vorliegen. Jede Minute, die die Klager im Polizeigefängnis zugebracht haben, wäre rechtswidrig gewesen.

Für den Senat sprach Rechtsanwalt Wächter I. Er war der Meinung, Kriminalkommissar Claß habe sich die Zulässig-

keit der vorläufigen Festnahme genau überlebt. Es habe dringender Tatverdacht vorgelegen. Erst nach der Durchführung des Prozesses habe sich herausgestellt, daß nur Claß und Weber strafbare Handlungen begangen haben. Um den Fall richtig zu würdigen, müsse man Kriminalkommissar Claß selber hören und ihn fragen,

was er sich bei der Inhaftnahme der deutschnationalen Beamten gedacht habe.

Außerdem wäre es notwendig, die Akten des Strafprozesses gegen die deutschnationalen Beamten zum Gegenstand der Beweisnahme zu machen. Die Klärung der Einzelpunkte über die Behandlung der Beamten im Gefängnis sei erst nach Klärung der grundsätzlichen Fragen möglich. Die Klager, also die Beamten, können doch nicht verlangen, daß man ihnen im Gefängnis ein besonderes Appartement zur Verfügung stelle! Man solle bei Auslegung der Gesetzesvorschriften über die Inhaftnahme nicht allzu engherzig sein, meinte Herr Rechtsanwalt Wächter I. Wenn man, so sagte Rechtsanwalt Wächter weiter, die genannten Personen nicht in Haft genommen hätte, so wäre die Bevölkerung beunruhigt worden.

Ihm wurde geantwortet. Man müsse bei einer Inhaftnahme

prüfen, ob die Person geschützt werden solle oder die Allgemeinheit.

Die Öffentlichkeit sei durch die Versammlung keineswegs beunruhigt worden, denn die Verhaftung einiger Beamten habe erst mehrere Tage nach der vorbereiteten Versammlung des Bundes der nationalen Beamten stattgefunden. Schon daß die Schubhaft strafweise, also für die vertriebenen Personen verschiedene Tage lang, verhängt wurde, sei ein Beweis dafür, daß die nötigen Voraussetzungen nicht vorliegen. Die Beunruhigung der Bevölkerung sei erst nach der Verhaftung der Beamten eingetreten. Die Klager sind der Meinung, daß eine Freiheitsberaubung vorliege. Weiter regt der Vertreter der Beamten an, die Akten des Verfahrens gegen Luchel und Genossen wegen Mißhandlung herauszugeben. Vermerkt zu werden verdient auch, daß angeregt worden war, die Öffentlichkeit bei der Verhandlung auszuschließen. Ein Beschluß darüber wurde nicht verfaßt.

Man kam schließlich überein, daß das Urteil in zwei Wochen gesprochen werden soll. Es soll am 27. Januar, mittags 12 Uhr, verkündet werden.

## Von Land zu Land

### Die Tragödie eines Staatenlosen

Fredy Schuberdy ist in Griechenland geboren. Seinen Vater hat er nie gekannt. Seine Mutter, die ihn aufgezogen hat, starb 1927 in Oesterreich. Seitdem ist Fredy heimatlos. Er gehört zu denen, die keine Ausweis-papiere besitzen und staatenlos sind. Kein Staat will ihn haben, in keinem Staat darf er sich aufhalten. Erfährt die Polizei von seinem unberechtigten Aufenthalt, so wird er zunächst ins Gefängnis gesteckt und dann wieder über die Grenze abgeschoben nach dem Staat, von dem er zuletzt gekommen ist. So hat er viele Länder, aber auch viele Gefängnisse kennen gelernt. Glaubt man seinen Angaben, so ist er zwischen Deutschland und Oesterreich viermal hin- und hergeschoben, bis es ihm gelang, nach Polen zu entkommen.

Gestern stand Schuberdy zum ersten Male vor einem Danziger Richter. Er war vor dem Schnellgericht angeklagt, unerlaubt die Grenze überschritten zu haben. Nachdem er in Polen wieder mal wegen des gleichen Vergehens verurteilt und ins Gefängnis gesteckt war, ließ man ihm eine Frist von einigen Tagen, damit er sich eine neue Heimat suche. Es war in Katowitz, in Polnisch-Oberschlesien. Fredy benutzte diese Frist, um sich in einen Güterzug zu setzen, der ihn nach Danzig brachte. Hier stellte er sich sofort selbst der Polizei. Er hat nichts zu seiner Verteidigung anzuführen. Auf irgendeine Weise, wie, ist er sich heute noch nicht klar, will er verfluchen, nach Holland zur Viga für Menschenrechte zu kommen, die sich seiner annehmen soll. In dieser Hoffnung erträgt er seine gewiß nicht beneidenswerten Tage.

Der Vertreter der Anklage, Amtsrat Schulz, beantragt eine Haftstrafe von zwei Wochen. In seinem Schlußwort ist der Angeklagte mit dem Antrag einverstanden, denn eine zweiseitige Haftstrafe bedeutet für ihn zwei Wochen Ruhe. Der Schnellrichter, Amtsgerichtsrat Prohl, setzt die Strafe auf drei Tage fest. Das Urteil wurde sofort rechtskräftig. Was wird nun mit Fredy Schuberdy nach diesen drei Tagen geschehen?

## Auf der Rettungsfahrt verunglückt

### Ritter „Dr. Fehrmann“ der Deutschen Lebensrettungs-gesellschaft bei Schiwenhorst festgenommen

Am Sonnabendabend geriet ein Fischkutter in der Weichselmündung bei Schiwenhorst in der Nähe des „Baltara“-Bracks auf eine Sandbank und geriet in Seenot. Durch Feuer Signale und Raketen machte die Besatzung des Fischerbootes sich bemerkbar. Die Signale wurden auch bemerkt und sofort eine Rettungsfahrt eingeleitet. Der Ritter der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, Dr. Fehrmann, machte sich sofort auf den Weg nach Schiwenhorst, konnte aber das Fischerboot, das anscheinend durch eigene Kraft wieder freigegeben war, nicht mehr finden. Starke Längung und heftiger Wind wurden dann aber dem 12 Meter langen Boot zum Verhängnis. Wellen schlugen ins Boot, das zu einem Aussehen des Motors geführt haben soll. Durch das Verjagen des Motors wurde der Ritter mandrierenunfähig, trieb der Weichselmündung zu und kam schließlich vom Brack der „Baltara“ fest. Die Besatzung konnte das Boot verlassen, doch blieb eine Wache an Bord zurück. Am Sonntag und am Montag ist vergeblich versucht worden, den verunglückten Ritter abzuholen. Heute morgen sind die Schlepper erneut nach Schiwenhorst gefahren, um das Rettungswerk fortzusetzen.

## Die Eierpreise der Woche

Der Marktbeauftragte, Mißverjüngungsverband, Mitteilung Eier gibt folgendes bekannt:  
Für die Woche von Dienstag, den 14. Januar 1936, bis Montag, den 20. Januar 1936 einschließlich, werden hiermit folgende Eierpreise festgesetzt:  
1. Eier erster Qualität (durchschneidet und gestemmt) im Großhandel bei freier Anlieferung 1,60 Gulden pro Mandel, im Kleinhandel 1,95 Gulden pro Mandel.  
2. Eier zweiter Qualität im Großhandel ab Lager 1,50 Gulden pro Mandel, im Kleinhandel 1,85 Gulden pro Mandel.  
3. Kalteier (die als solche durch Aushängschib gekennzeichnet sind) im Großhandel ab Lager 1,35 Gulden pro Mandel, im Kleinhandel 1,45 Gulden pro Mandel.  
Gezempelte Eier aus Geflügelzuchtanlagen unterliegen keinem Höchstpreis.

## Von zwei Jahren . . .

Am 12. Januar 1934 schrieb Herr Gaußhulungsleiter Böhsack im „Borposten“:

### „Die Dummen im Lande“

„Wir Deutsche sind stets stolz darauf gewesen, daß unser Volk . . . bedeutende Führer, Erfinder, Denker, also eine große Anzahl über dem Durchschnitt wertvoller Menschen hervorbrachte.“

Alle . . . haben auch wir, wie es ganz natürlich ist, die Dummheit nie ausrotten können. Aber sie bewege sich doch in einem erträglichen Rahmen. Es gab auch immer Kluge und Dumme und wird es auch in Zukunft geben. Man muß sich mit dieser Frage stets dann befassen, wenn die Dummheit unter gewissen Volksgruppen zu einer allgemeinen Gefahr wird. Das scheint heute hier und da der Fall zu sein.

Das Schicksal hat es immer den Dummen verfaßt, zu erkennen. Solche Leute bleiben dumm und man kann da nicht mehr tun, als immer wieder den wertvollen Bildungs- und erziehungsfähigen Teil des Volkes zu fördern und zu stärken. Die Dummen muß man in Kauf nehmen. Aber man muß ihnen auf jeden Fall mit den notwendigen Mitteln einen gewissen Respekt vor dem einflößen, was die tragenden und schöpferischen wertvollen Kräfte eines Volkes bauen. Wenn Dummheit zur Gefahr wird, muß sie unmissbar gemacht werden.“

Reicht gesagt! Aber kleiner Mann, was nun, wenn die-ferigen, die man für dumm hält, immer mehr werden und sich schließlich nicht für „dumm“ verkaufen lassen wollen? Vielleicht hören wir mal darüber gelegentlich etwas?

## Unfall-Chronik

Zu einem schweren Unfall kam es Sonnabend, gegen 17 Uhr, in Kleichau. Als der 47 Jahre alte Kaufmann Heinrich Ludwig mit seinem Motorrad durch das Dorf fuhr, geriet ihm in der Nähe des Kilometersteins 4,5 ein Hühnerhund in die Maschine, wodurch er in voller Fahrt stürzte. Mit schweren inneren Verletzungen, einem rechten Oberarmbruch, einer Gehirnerschütterung (wahrscheinlich auch Schädelbruch) wurde er mit dem Unfallwagen ins Krankenhaus geschafft.

Beim Überfahren der Fahrstraße Ecke Langgarten-Weidengasse wurde Sonntag, gegen 10 Uhr vormittags, die Ehefrau Martha Zutkowski von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geschleudert. In schwerem Verletzungszustand wurde die Frau in ein Haus für getragen, von wo sie mit dem Unfallwagen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Ein linker Oberarmbruch, Rippenverletzungen und Fleischverletzungen waren die Folgen des Unfalls.

Der 9 Jahre alte Schüler Otto Hermann, Reinfahrwasser, hatte sich Sonnabend, gegen 15 Uhr, in der Kaiser Straße an ein Fuhrwerk angehängt. Als er abspinnen wollte, trat er fehl und schlug mit dem Gesicht auf das Pflaster. Mit einem Stirnbeinbruch, einem aufgeblauten Unterkiefer und einer Stirnverletzung mußte der Junge zum Arzt geschafft werden.

Beim Anlassen des Motors schlug Sonnabend, gegen 14.10 Uhr, in der Halbgasse die Kurbel zurück und trat den Besitzer so unglücklich am Unterarm, daß dieser einen Unterarmbruch erlitt. Es handelt sich um den aus Wingen kommenden Gustav Schmidkowitz.

Verstorbene Beamtenbestattung mit 2 Gulden. Die 25-jährige polnische Staatsangehörige Sabille Eibenberg, die trotz ihres jungen Alters schon Witwe ist, fand wegen verunglückter Beamtenbestattung vor dem Schnellrichter. Sabille wurde in Weichselmünde ohne Ausweis-papiere angetroffen. Dem Beamten, der sie zur Vernehmung auf die Wache brachte, bot sie zwei Gulden an, mit denen sie ihre Freilassung zu erkaufen verweigerte. Der Antrag des Anklagevertreters lautete auf drei Wochen Gefängnis, doch der Schnellrichter verhängte die doppelte Strafe, sechs Wochen Gefängnis. Da die Angeklagte das Urteil anfechten will, wurde wegen Furchtverdachts Haftbefehl erlassen.

Hunger. Der 75-jährige Rentempfänger W. Bisherer und B. G. wollten, war vor dem Schnellgericht wegen Bettelns angeklagt. B. ging in eine Delikatessenhandlung und hat um einige geräucherter Breiklinge. Dafür erhielt er wegen Bettelns eine Woche Haft. Der Anklagevertreter hatte sogar zwei Wochen Haft beantragt.









## Aus Sibirien heimgekehrt

Das Schicksal eines Kriegsgefangenen

Nach 21 Jahren traf auf dem Tifliser Bahnhof, aus Sibirien kommend, der ehemalige deutsche Soldat Theophil Kwidzinski ein. Mit ihm kamen eine Frau und sechs Kinder. Weder die Frau noch die Kinder sprechen deutsch. Der Mann selbst hat sich der deutschen Sprache so entwöhnt, daß er sich wieder in ihr zurechtfinden muß. In Tiflis nahm man sich der Familie fürsorglich an. Erstaunlich war, daß sie sich zwei Säcke mit Brot mitgebracht hatte. (Das paßt eigentlich sehr schlecht zu dem Gerüchte von der riesigen Hungernot in Sowjetrußland.) Wie der Mann einem Vertreter der „Tifliser Zeitung“ erzählte, hat man ihnen in Rußland erzählt, in Deutschland wäre noch größere Hungernot als dort.

In Sibirien, etwa 200 Kilometer hinter Tomsk, betätigte die Familie bisher ein kleines Grundstück. Der Mann hat in den ersten Jahren keine Verbindung gehabt. Vor etwa fünf Jahren konnte er endlich eine Nachricht an seinen bei Rarthaus wohnenden Bruder geben, der dort ein Landgrundstück besitzt. Dieser schrieb dem Kriegsgefangenen, er solle versuchen, heimzukommen. Seine Frau war Russin, er selbst hatte die sowjetrussische Staatsangehörigkeit erworben, so daß man jetzt auch die Frau ausbürgerte und die deutsche Vörschaft ihnen nun den Heimatspaß geben konnte. Vor drei Wochen traten Kwidzinski nebst Frau und sechs Kindern die Reise an und kamen auf Grund einer amtlichen Bescheinigung bis zur litauischen Grenze, von wo sie mit der Bahn weiter nach Tiflis fuhren. Die deutsche Vörschaft in Moskau hatte sie mit Ausweisen versehen, in denen folgendes bescheinigt war:

Der ehemalige deutsche Kriegsgefangene Theophil Kwidzinski, Sibirien, und seine Familie werden auf Reichskosten heimgeschickt. Die Reisekosten bis zur deutschen Landesgrenze Tiflis sind aus amtlichen Mitteln des Konsulats in Nowosibirsk und der Vörschaft in Moskau bezahlt worden. Die Vörschaft bittet, für die Weiterbeförderung des Kwidzinski und seiner Familie nach seiner Heimat Rostko bei Rarthaus im heutigen polnischen Pommern (in der Nähe der Danziger Grenze) Sorge zu tragen.

Kwidzinski stammte aus Rarthaus, war deutscher Soldat und geriet bei Lowitz in der Nähe von Warschau 1914 in Gefangenschaft der Russen. Er wurde erst in Moskau interniert und dann zur Zwangsarbeit nach Sibirien geschickt. Dort heiratete er eine sibirische Bauernfrau, mit der er schon sechs Kinder im Alter von 15 bis 3 Jahren hat.

## Wieder einer!

Fast 4000 Mark Krankenkassenbeiträge unterschlagen

Die Große Straßammer in Insterburg verurteilte Albert Piehr aus Gumbinnen wegen schwerer Amtsunterfertigung zu drei Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust. Er hat in den Jahren 1933 bis 1935 rund 3900 Mark Versicherungsbeiträge unterschlagen, die er für die Ortskrankenkasse Gumbinnen in amtlicher Eigenschaft einzuziehen hatte. Seine Unterschlagungen hatte er durch Quittungsfälschungen, Unterdrückung und Fälschung von Urkunden und Verberung von Eintragungen zu vertuschen versucht.

## Sozialdemokrat vor dem Königsberger Sondergericht

1 1/2 Jahre Gefängnis

Das Sondergericht verurteilte den 37jährigen Adolf Marmulla aus Guttentau im Kreise Sensburg zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. M. war früher Redner der SPD. 1933 wurde er in Schubhaft genommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Wegen angeblicher Beschimpfungen des Führers und der Reichsregierung wurde M. jetzt verhaftet und verurteilt.

## Unglaubliche Tierquälerei

Ein Betrüger wandert ins Zuchthaus.

Am 8. d. M. standen vor dem Schöffengericht in Sensburg der Pferdehändler Albert Kwiakowski aus Bischofsburg sowie zwei Mitangeklagte wegen wiederholten Betruges, begangen an armen Volksgenossen und Sieblern. Kwiakowski handelte mit minderwertigen Schlachtpferden. Um diese minderwertigen Pferde gut ansehnlich zu machen, hat Kwiakowski mit seinen Helfern am Abend vor dem Pferdemarkt den Pferden mit Gewalt Hochfals ohne Wasser in den Machen eingegeben und sie dann mit Trodenfutter, wie Häfjel und Kleie, gefüttert. Am nächsten Morgen, vor dem Vorführen auf dem Markt, erhielten die Pferde plötzlich Wasser, worauf sie dann durch den schredlichen Durst sehr viel Wasser tranken und dadurch rund und dick ausfahlen. Die Käufer dieser Pferde sind dann insofern hineingefallen, als daß diese Tiere innerhalb 24 Stunden oder auch schon früher an Salzvergiftung verendeten. Das Geld wieder zurückzugeben, daran dachte Kwiakowski nicht. Im Gegenteil, die Käufer wurden von ihm einfach ausgelacht. Die Wachschafften des A. wurden durch zwei Bischofsburger Zeugen einwandfrei erwiesen. Das Urteil des Schöffengerichts Sensburg lautete: Kwiakowski wird zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und Ausschluß für drei Jahre vom Pferdehandel verurteilt. Die Mitangeklagten Marmulla und Bronna wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

## Jugendliche Einbrecher

Die Inhaberin eines kleineren Geschäftes in Königsberg mußte feststellen, daß in ihrer Abwesenheit ein Einbruch verübt worden war und dem Täter 800 Reichsmark Bargeld als Beute in die Hände gefallen waren. Alles mühselvoll war die Erlangung dieser Beute nicht gewesen. Einwerfen und Aufriegeln eines kleinen Fensters im Erdgeschoß hatten den Einbruch ermöglicht. Der Dieb war ein 17jähriger Schüler. Er vergrub seinen Schatz unter einem kunstvoll ausgeschauenden Nagelstiel auf unbekanntem Gelände. Großmütig verschonte er von dem „gefundenen“ Gelde 20 Reichsmark an Fremde und gab 100 Reichsmark an die eigene Mutter mit dem Bemerkten, daß er das Geld an der Straßenbahn gefunden habe. Obel-mütig teilte er die Beute am nächsten Morgen mit seinen Brüdern von 13 und 14 Jahren. Aber es gab nur eine kurze Freude, denn einer hatte es gesehen — nämlich das Heraus-finders aus dem Fenster. Dieser eine trug die drei Brüder am anderen Morgen, gleich nachdem sie sich reichlich mit Geld ausgerüstet hatten, wieder. Er zeigte sie der Geschädigten, unter deren beobachtenden Blicken die Verächtlungen sich zum nächsten Polizeirevier begaben und dort erzählten, sie hätten 70 Reichsmark gefunden. Trotzdem man ihnen die Geschichte nicht glaubte, blieben sie lange Zeit dabei. Der letzte gute Glaube an sie wurde dadurch wegerichtet, daß bei zwei der Jungen bei einer Leibesvisitation wohlversteckt Geld gefunden wurde.

Gib die »Volksstimme« weiter!

## Aus der deutschen Wirtschaft

Keine amerikanischen Kredite mehr. Nach Erklärungen von Mitgliedern des Staatsdepartements wird Deutschland in Zukunft keinen Kredit mehr von den Vereinigten Staaten erhalten, und zwar weil Deutschland die Zahlungen von 97 Millionen Dollar aus den „Nixed Claims“ eingestellt habe. Deshalb falle Deutschland unter die Bestimmungen der Johnson-Acte, die Anleihe oder Kredite an Staaten verbietet, die ihre Zahlungsverpflichtungen nicht einhalten.

Deutschlands Ausfuhrung vom Weltmarkt. Das größte deutsche Bankunternehmen, die Deutsche Bank und Dis-count-Gesellschaft hat mit Jahresende ihre Pariser Vertretung aufgelöst. Die Maßnahme ist eine Folge der Schrumpfung der Auslandsengeschäfte.

Im Saargebiet fanden in den letzten Dezembertagen Sonderverkäufe des Textilgroßhandels statt. Wie der deutsche Handelsdienstoff zugeben muß, war das Ergebnis der Sonderverkäufe ausgesprochen ungünstig und die Umsätze zeigten im Vergleich zu den früheren Sonderverkäufen, trotz wesentlich höherer Preise, wertmäßig ein geringeres Ergebnis. Diese Tatsache bestätigt die Richtigkeit der bisher übereinstimmenden Mitteilungen über die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet.

Sorgen der keramischen Industrie Sagens. Ueber die Lage der keramischen Industrie im 4. Quartal 1935 wird von der Sächsischen Staatsbank mitgeteilt: Gegen Mitte Dezember war auch für die Glasfabrikation das Weihnachtsgeschäft beendet. Gegenwärtig ist der Auftragsbestand ziemlich gering. Vor Mitte Februar ist kaum mit einer Wiedergebung zu rechnen, so daß man wahrscheinlich zur Kurzarbeit übergehen muß, obwohl diese Art der Branche sehr kostspielig ist. Vereinzelt sind bereits betriebstechnische Umstellungen vorgenommen worden, die eine Verkleinerung der Kapazität zum Ziel hatten. Das Auslandsgeschäft hat wenig zugenommen. Bemerkenswert ist der Umstand, daß die Firmen schon im nahen Orient auf starke japanische Konkurrenz treffen, die den Preis so stark drückt, daß er auch bei Inanspruchnahme des Zusatzversicherungsfehlers kein Auskommen mehr bietet. Für die Porzellanindustrie ist das Weihnachtsgeschäft ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Auf den ausländischen Märkten ist das Geschäft nicht vorwärts gekommen; sein Anteil am Gesamtumsatz blieb klein. Auch bei den Steingutfabriken wird bei Vergleichen mit der entsprechenden Vorjahreszeit teils ein Mehr-, teils ein Minderabsatz festgestellt. Die Verkaufspreise waren derartig niedrig, daß sie kaum einen Nutzen ließen. Ueber die Aussichten für die Zukunft sind die Meinungen uneinheitlich. Wenn die Waren- und Kaufhäuser ihre Zurückhaltung aufgeben, kann im Inland mit einer befriedigenden Fortentwicklung gerechnet werden. Damit dürfte jedoch kaum zu rechnen sein, da bei der bekannt warenhafeindlichen Einstellung weiter Kreise der RSDAP, diese Unternehmen nur auf das vorrätigste disponieren können. Die „uneinheitliche“, d. h. trübe Wertung der Aussichten für die Zukunft dürfte also ihre Berechtigung behalten.

Preisfrage nicht gelöst. Die Reichskreditgesellschaft hat in ihrem Bericht über Deutschlands wirtschaftliche Lage angeführt, daß sich die Schere zwischen Verkaufserlösen und industriellen Bedarfsgütern der Landwirtschaft geschlossen habe. Hierzu wird in der parteiamtlichen „R.-Landpost“ ausgeführt, daß dieser Satz geeignet sei, irrtümliche Anschauungen auszulösen. Es sei zwar richtig, daß die Preis-schere zwischen Erlösen und einzelnen industriellen Bedarfsgütern als beiseite angehen werden könne; diese Teil-ergebnisse könnten aber nicht verallgemeinert werden. Der Index für Agrarstoffe sei Mitte Dezember bei 105,0 gelegen, während der Index für industrielle Fertigmwaren bei 119,4 stand. Es sei daher nicht richtig, daß die Schere zugunsten der Landwirtschaft geschlossen sei. Trotz aller Preisserhöhungen ist die deutsche Landwirtschaft aber noch nicht jainiert. Ein gutes Geschäft. Eine Uebericht des Reichsfinanz-ministers zeigt, daß von den drei Marktkäufen, die un-gültig geworden sind, 7,8 Millionen Mark nicht einge-löst wurden.

## Aus Polen

Polnisches Volkswirtschaften bei abnehmender. Die Spitzen-organisation der polnischen Arbeitgeberverbände hat dem Ministerpräsidenten Wojcicki ein umfangreiches Memorandum eingereicht, das den Stand des Nationalübernahmepolens zum Gegenstand hat. In dem Memorandum wird auf die fortschreitende Verarmung Polens hingewiesen, die sich in einem Rückgang des Nationalübernahmepolens in den letzten zehn Jahren um 25 Millionen Zloty äußert. Und zwar betrug das Nationalübernahmepolens im Jahre 1925 gegen 162 Millionen Zloty, während es gegenwärtig nur etwa 137 Millionen beträgt. Der Anstieg der Bevölkerung auf über 30 Millionen im Jahre 1925 5000 Zloty Nationalübernahmepolens, jetzt dagegen nur noch 4615 Zloty. Im gleichen Schritt mit dem Rückgang des polnischen Nationalübernahmepolens sei der Anteil des ausländischen Kapitals an der polnischen Wirtschaft im jüngsten Stadium begriffen. In der Zeit von 1924 bis 1933 habe Polen aus Ausland an Kapitalien, Dividenden, Zinsen usw. eine Summe von gegen 2 Milliarden und 500 Millionen Zloty abgeführt, wovon nur die Privatwirtschaft allein eine Milliarde 800 Millionen einbrachte. In dem Memorandum wird die Regierung aufgefordert, Maßnahmen gegen diese wirtschaftliche Ent-wicklung zu ergreifen.

Wichtige Maßnahmen auf dem polnischen Markt. Seit einiger Zeit hat sich dem polnischen Markt wichtige Maßnahmen angeschlossen. Sie haben die polnische Wirtschaft an-geworfen. Die Maßnahmen betreffen aus dem ehemals ein-gewanderten Fabriken in Posen und werden in folgenden Punkten an-geworfen als die industriellen Erzeugnisse und die kon-trollierende Substanz.

Die Lage auf dem Textilmarkt. Nach der Ver-änderung des Wirtschaftsklimas der Textilindustrie in Polen in der Zeit von 8. bis 10. d. M. wird folgt: Der Textilmarkt ändert sich sehr rascher. Die Preise für Textilien sind in der letzten Zeit sehr stark gesunken. Die Preise für Textilien sind in der letzten Zeit sehr stark gesunken. Die Preise für Textilien sind in der letzten Zeit sehr stark gesunken.

Die Preisentwicklung in Polen von November 1934 bis Ende September 1935. In den letzten Monaten der Preisentwicklung in Polen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen: Die Preise für Textilien sind in der letzten Zeit sehr stark gesunken. Die Preise für Textilien sind in der letzten Zeit sehr stark gesunken. Die Preise für Textilien sind in der letzten Zeit sehr stark gesunken.

während gleichzeitig die Preise der vom Landwirt gekauften Artikel um 22 Prozent gesunken sind. — Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes sind in Verfolg der Preisentwicklung die Lebenshaltungskosten im Dezember v. J. in Warschau im Vergleich zum November v. J. um 5 Prozent zurückgegangen.

Größerer Auftrag aus Argentinien. Die Hütte Vothory in Ghorzow hat einen größeren Auftrag für den Export nach Argentinien im Gesamtbeitrage von etwa 2 Millionen Zloty erhalten. Ein Teil dieses Auftrages ist bereits ausgeführt worden.

Neue Baconfabrik. In Dubno in Wolhynien ist eine Bacon-fabrik in Betrieb genommen worden, deren Bau etwa 1 1/2 Mil-lionen Zloty gekostet hat. Die neue Baconfabrik stellt eine der größten Privatunternehmen in Wolhynien dar. Aus Danzig sind die Baconfabriken zu einem beträchtlichen Teil abgewandert.

Die Ausfuhr der polnischen Holzbearbeitungsindustrie be-trug in den ersten elf Monaten 1935 40,4 Millionen Zloty, d. h. 24 Prozent mehr als im Vorjahre.

## Zum Danziger Hafenverkehr

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über den Danziger Hafenverkehr: Die rückläufige Tendenz, die der Verkehr im Danziger Hafen im Jahre 1935 trotz der danzig-polnischen Hafenverhandlung aufzuweisen hat, spiegelt sich auch in dem von den Danziger Schiffs-maklerfirmen herausgegebenen Jahresbericht wider. Zum Unterchied von den Nachbarhäfen Gdingen, Königsberg und Stettin hat allein der Danziger Hafen eine Verkehrs-minderung zu verzeichnen. Nach dem erwahten Bericht der Danziger Schiffs-makler im abgelaufenen Jahr insgesamt 454 (i. S. 4806) Schiffe mit 283 (317) Mill. Nettoregister-tonnen. Bei einer Betrachtung der Entwicklung der einzelnen Firmen, von denen im Danziger Hafen insgesamt 52 tätig sind, ergibt sich das eigenartige Bild, daß von der Verkehrs-minderung in der Hauptsache die alleingehörenden Danziger Schiffs-maklerfirmen betroffen sind, während die polnischen Maklerfirmen sich ent-weder behaupten oder gar noch eine wesentliche Erhöhung ihres Anteils verbuchen konnten. So war — um ein Beispiel herauszugreifen — die Polska Agencja Wrosla in der Lage, ihren Abfertigungsanteil von 853 (803) Fahrzeuge mit 534 486 (527 21) Nettoregister-tonnen zu steigern. Diese Entwicklung zugunsten der polnischen Firmen ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die polnische Propaganda, sich ausschließlich der polnischen Hafenfirmen in Danzig zu bedienen.

## Zeitungssterben auch in Pommern

Jahresweise Zusammenlegungen

Sir berichteten kürzlich über zahlreiche Zeitungseinstel-lungen in Deutschland. Aber auch im übrigen Deutsch-land ist eine erhebliche Anzahl Zeitungen eingegangen. So ist in den letzten Wochen wieder eine Reihe pommerscher Zeitungen in den Besitz des Pommerschen Zeitungsverlages übergegangen, und zwar die „Greifswalder Zeitung“, die „Seminander Zeitung“, die „Rößliner Zeitung“ und die „Gollnowener Zeitung“.

Ferner ist die „Norddeutsche Freie“ mit der „Rensseler Kreiszzeitung“ vereinigt worden, ebenso die „Kreiszzeitung für Regenwalde“ mit der „Pommerschen Zeitung“. Ausgabe Regenwalde. Beide Zeitungen erscheinen als Provinzialbeilage der „Pommerschen Zeitung“ unter dem Titel „Kreiszzeitung für den Kreis Regenwalde“.

Schließlich wurde noch die „Dobliher Kreiszzeitung“ mit dem „Dobliher Anzeiger“ vereinigt. Beide Zeitungen er-scheinen jetzt als „Dobliher Kreiszzeitung“. Der einzigen No-nalen waren bereits die „Saueburger Zeitung“ in Saue-burg und das „Stargarder Tageblatt“ vom Pommerschen Zeitungsverlag erworben worden.

Sozialistische Arbeit in England infolge Streikpauze. Daily Telegraph“ meldet, daß zur Zeit in England eine harte Sozialis-tische Arbeit herrsche und es der Industrie fast unmöglich sei, Arbeit zu erhalten. Diese Knappheit sei auf Familien in Ver-folgung des Arbeiterpreises zurückzuführen.

## In den Börsen wurden notiert:

Table with 2 columns: Location (Danzig, Berlin, Danzig) and various market data including prices and exchange rates.

## In den Produkten-Börsen

Table with 2 columns: Location (Danzig, Berlin) and various market data including prices for different commodities.



Amerikas Haltung

Der bekannte französische Publizist Jules Sauerwein schreibt in der 'Prager Presse' über das Thema 'USA und Europa'.

Seit einigen Tagen befaßt sich die Welt mit der Vorkchaft des Präsidenten Roosevelt, und wenn diese Vorkchaft bloß den Zweck gehabt hätte, den Geisteszustand Europas an den Reaktionen zu messen, die sie hervorrief, könnte man sagen, daß dieser Zweck erreicht worden ist.

Nachdem Sauerwein erklärt, daß ihm der Standpunkt des Präsidenten Roosevelt logisch erscheine und durchaus nichts Verurteilendes enthalte, fährt er fort:

Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten ist jedoch dadurch interessant, daß sie in dem zweiten Teil der Vorkchaft moderiert und sichtlich abgeschwächt ist.

Die Trennungslinie

Die 'Gazeta Polska' beschäftigt sich unter der Überschrift 'Die Trennungslinie' mit Besonderheiten der innerpolitischen Situation Polens.

Propaganda für vermehrten Brotverbrauch

Eine neue bevölkerungspolitische Maßnahme in Deutschland

Im Zuge der Maßnahmen, die darauf abzielen, die Ernährung des deutschen Volkes im bevölkerungspolitischen Interesse möglichst ohne ausländische Einfuhren zu bestreiten, soll jetzt anscheinend eine große Propaganda für vermehrten Brotverbrauch in Deutschland einleiten.

Das Brot spielt auch heute noch in der Volksernährung eine sehr wichtige Rolle. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Brotverbrauch nicht unbedeutend zurückgegangen.

Die überseeischen Beziehungen der Republik Venezuela. Nach einem vom Konsulat von Venezuela in Danzig erhaltenen Radio-Telegramm des venezolanischen Botschafters enthält das Programm der neuen Regierung von Venezuela weitgehende Garantien für die Entwicklung von Handels- und ausländischen Beziehungen in überseeischen Ländern.

Die Einbrecherjagd im Steffenspark

Im Gemd aus dem Krankenhaus geflüchtet

Am 8. November des vorigen Jahres bemerkten zwei Schupo-Beamte, die im Steffenspark Streife machten, daß zwei Männer, die, mit Paketen unter dem Arm, ihnen entgegenkamen, plötzlich lehrmachten und davonliefen.

Der angeschossene Mann wurde zunächst ins Krankenhaus gebracht, doch ist er trotz seiner Wunde ausgerückt.

Erst nach Tagen gelang es, den Begleiter des angeschossenen Mannes festzustellen. Beide standen nun am heutigen Dienstag vor dem Schöffengericht, wo sie sich wegen schweren Einbruchsdiebstahls zu verantworten hatten.

In der heutigen Schöffengerichtsverhandlung wurde ein interessantes Bild von den Vorgängen aufgerollt, die sich am Abend des 8. November abgespielt haben.

Der 8. November war nämlich der Geburtstag des Gronau.

Mehrere Bekannte waren zu ihm zu Besuch gekommen, darunter der Zweifangeflagte Willi Feike. Sie tranken erst in der Wohnung des verheirateten Gronau, und dann gingen Gronau und Feike los, um noch in einigen Lokalen zu zechen.

Er versteckte sich hinter einer Bank, auf der ein Liebespaar saß.

Die Schupo-Beamten wollten das Pärchen anscheinend nicht stören und gingen an der Bank vorbei. Gronau, der angeschossen war, wurde ins Krankenhaus gebracht.

Der Aufenthalt im Krankenhaus gefiel Gronau nicht. In der Nacht stand er auf, nahm eine Decke, und trotz seiner Verwundung schlüpfte er aus dem Krankenhaus, nur mit einem Hemd bekleidet.

Nach einiger Zeit hat sich Gronau dann der Polizei gestellt. Auf der Wache aber hat er wieder einen Gegenstand verschluckt.

Unser Wetterbericht

Vorherlage für morgen: Wolfig, teils heiter, vereinzelt noch Schneehaue, mäßige bis frische, jedoch langsam abflauende Nordwest- bis Nordwinde, leichter Frost.

Danziger Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Schwed. D. 'Barbro', 15. 1. fällig, Bam; norweg. D. 'Gundvaag', 15. 1. fällig, Bam; schwed. D. 'Plato', 15. 1. fällig, Alk; dtsch. D. 'Adele Kraber', 15. 1. fällig, Alk; dtsch. D. 'Bernhard Blumenfeld', 15. 1. fällig, Alk; schwed. D. 'Perla', 19. 1. von Solvesborg, Artus; finn. D. 'Charterhague', 15. 1. von Oslo, Artus; estl. D. 'Satura', 15. 1. fällig, Artus; brit. Tank-D. 'Autorita', 13. 1. abends, Polkenau passiert, von Dnuiden, Leer, Bergen; brit. D. 'Mina', 14. 1. fällig, von Margus (Dänemark), Leer, Bergen; finn. D. 'Equator', 14. 1. fällig, Güter von Südamerika, Bergen; lett. D. 'Ausma', 15. 1. fällig, Sotimann.

Zusammenstoß zwischen Autobus und Milchfuhrwerk. Gestern morgen, zwischen 8 und 9 Uhr, erfolgte kurz hinter Gohrenstein zwischen dem Autobus der Linie Stäbblau-Danzig und einem Milchfuhrwerk ein heftiger Zusammenstoß.

Amthlicher Bericht vom 14. Januar 1936  
Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Table with columns for animal types (A. Ochsen, B. Bullen, C. Kühe, D. Färken, E. Ferkel) and sub-categories (a, b, c, d) with corresponding prices in Danzig Gulden.

Antrieb: 6 Ochsen, 43 Bullen, 70 Kühe, 31 Färken, 1 Ferkel, zusammen 151 Rinder; 61 Kälber, 80 Schafe, 1 Ziege, 1551 Schweine.

Außerdem wurden in der Woche noch aufgetrieben: 2 Ochsen, 64 Bullen, 7 Kühe, 4 Färken, 18 Kälber, 58 Schweine, 879 Baccos.

Marktvorkauf: Rinder, Kälber, Schafe und Schweine geräumt.

Bemerkungen: Die Erzeugerpreise liegen bei Rindern und Schweinen 4 bis 6 Gulden unter den notierten Großhandelspreisen. Aufgefachte Rinder und Kälber 2 bis 4 Gulden über Notiz. Die von den Fleischern bei Schweinen zu zahlenden Preise sind die notierten. Freistaatsvieh-Eintrieb Montags bis 9 Uhr abends.

Der Marktbeauftragte.

Gespräch in der Kollstube

70 Gulden Geldstrafe

Der Schnellrichter Amtsgerichtsrat Proffl fekte gestern die Verhandlung gegen das 53jährige Fräulein Hedwig K. fort. Die Angeklagte stand schon am Freitag in der Anklagebank unter der Anklage, sich gegen die §§ 180 Absatz 2 und 183a vergangen zu haben.

Den Grund zur Anklage bildete ein Gespräch im Privat-zimmer einer Wäschrolle. Durch die Anwesenheit eines ostpreussischen Besuchers angeregt, kam das Gespräch bald auf die Politik. Während der Besucher

die Zustände im Deutschen Reich

über den grünen Alee lobte, war das angeklagte Fräulein anderer Meinung. Es hatte von seinen Verwandten aus derselben Gegend des östlichen Preußen bekommen und daraufhin Fette und Geld geschickt. Dem Besucher wurde deshalb entgegnet: 'Wenn man den Leuten nicht Pakete schicken würde, dann würden sie buchstäblich verhungern.'

'Wir haben Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet.'

Die Angeklagte, die immer erregter wurde, wies darauf hin, daß in Deutschland niemals bolschewistische Zustände geherrscht hätten. Die heutigen Zustände wären aber schlimmer als Bolschewismus. Das Fräulein wurde auf Grund dieser Auslassungen verhaftet.

In der gestrigen Verhandlung wurde zunächst der neu geladene Zeuge vernommen. Es war Dr. Jabel, bei dem die Angeklagte seit Jahren in Behandlung steht. Er erklärte, daß die Frau krank sei.

Der Vertreter der Anklage, Professor Hoffmann, hielt trotzdem die Öffentlichkeit für gegeben. Seiner Meinung nach bestand sie schon darin, daß ja jedermann zu dem Raum Zutritt hatte. Auf fünf Monate Gefängnis mühte eigentlich der Strafantrag lauten. Nur die Krankheit der Angeklagten halte ihn hiervon ab. Sein Antrag lautete auf einen Monat Gefängnis.

Dr. Friedrich, als Verteidiger der Angeklagten, wies nach, daß die Unterhaltung nicht öffentlich geführt wurde. Deshalb müße von der Anklage nach § 180 Absatz 2 Freispruch erfolgen. Der § 183a bestraft unwahre Nachrichten. Die Angeklagte habe aber keine unwahren Nachrichten verbreitet, sondern sich nur ein Urteil erlaubt. Auch in diesem Falle müßte Freispruch erfolgen.

Der Schnellrichter Amtsgerichtsrat Proffl sprach die Angeklagte von der Anklage des § 180 Absatz 2 frei. Sie habe sich aber nach § 183a strafbar gemacht. Mildernnd falls für sie ein Gewicht, daß sie bisher unbekannt und krank sei. Das Urteil lautete auf 70 Gulden Geldstrafe.

Danziger Standesamt vom 11. Januar

Sterbefälle: Witwe Ernestine Ribberst geb. Wittkop, 74 J. — Postassistentin H. Franz Gaidus, 70 J. — Fleischbeschauer Franz Brud, 63 J. — Sandwirt Otto Groß, 18 J. — Ehelich eine Totgeburt.

